

Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.)

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 2004

an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Das Dilemma der Globalisierung

St. Gallen, August 2004

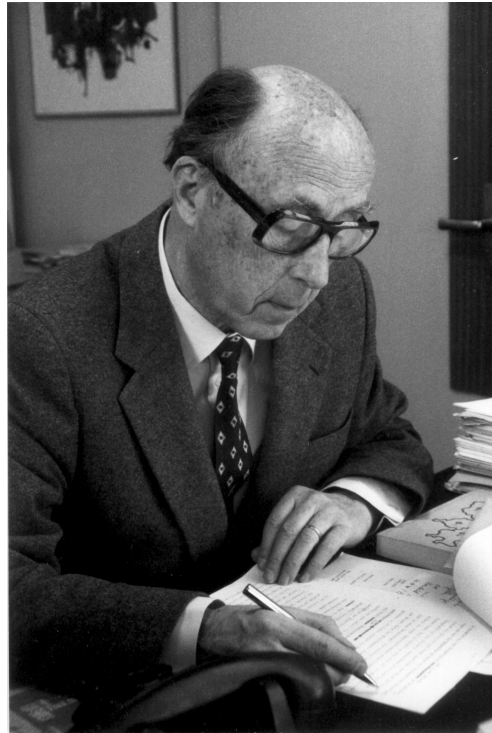
Herausgeberin: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie
an der Universität St. Gallen
Bodanstrasse 1, CH-9000 St. Gallen
Tel. 224 23 11
Fax 224 28 74

Auflage: 6'200

Copyright: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie,
August 2004

Druck: Difo-Druck OHG
Laubanger 15, DE-96052 Bamberg

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung an der Universität St. Gallen



Walter Adolf Jöhr

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen finden seit 1988 in jährlichem Abstand an der Universität St. Gallen statt. Ins Leben gerufen wurde diese Vortragsreihe zu Ehren von Professor Dr. Walter Adolf Jöhr (1910 - 1987), der von 1937 an fünfzig Jahre lang an der Universität St. Gallen wirkte. Als Rektor nahm Professor Jöhr in den Jahren 1957 bis 1963 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Universität. Die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG wurde von Professor Jöhr gegründet und massgeblich geprägt. Dem Wissenschaftler Walter Adolf Jöhr haben wir verschiedene bahnbrechende Publikationen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre zu verdanken.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn*

Das Dilemma der Globalisierung

Die Angst vor der Globalisierung hat die Völker des Westens erfasst. Die kleinen asiatischen Tiger hatten schon genug Probleme bereitet. Seit China und Indien sich in den Niedriglohnwettbewerb mit Produkten eingeschaltet haben, die vormals die Domäne der entwickelten Industrieländer waren, ist die Sache für Europa und Amerika ernst geworden. In Amerika haben wir eine heftige Debatte um den neuen Protektionismus, und hierzulande vermehren sich die Stimmen, die das Fortress Europe weiter ausbauen wollen.

Besonders Deutschland hat Angst bekommen, denn die Kräfte der Globalisierung addieren sich zu anderen exogenen Schocks, mit denen das Land nun zu tun hat.

Der Euro hat Deutschland des Vorteils der niedrigeren Zinsen beraubt.

Der europäische Binnenmarkt hat Deutschland den Vorteil des größeren eigenen Binnenmarktes und damit den Vorteil der Kostendegression bei der industriellen Grossserienproduktion genommen. Auch Luxemburg hat heute einen grossen Binnenmarkt.

Die Osterweiterung der EU hat dem Land vor der eigenen Haustür eine Niedriglohnkonkurrenz mit Löhnen, die im Schnitt nur bei 15% der westdeutschen Löhne liegen, beschert.

Die deutsche Vereinigung kostet den deutschen Staat riesige Summen. Seit der Vereinigung wurden bis zum Ende letzten Jahres netto ca. 930 Milliarden Euro an staatlichen Geldern in die neuen Länder transferiert. Das hat das Land gezwungen, so viele Schulden zu machen, dass es ausserstande war, den von ihm selbst gegen die anderen europäischen Länder erzwungenen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erfüllen.

Zusammen mit der Globalisierung sind das fünf Schocks auf einmal. Zwar sind sie alle irgendwie gut für die Welt, für Europa und auch für Deutschland. Aber dennoch sind es Schocks, die zumindest strukturellen

* Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des dortigen Center for Economic Studies (CES).

Wandel implizieren und die Menschen vor grosse Herausforderungen stellen.

Die Schocks haben dazu beigetragen, das deutsche Wachstum stark zu reduzieren. Deutschland ist seit 1995 Schlusslicht unter allen europäischen Ländern mit Ausnahme einiger Ostländer, die nicht zur EU gehören. Dass auch die Schweiz sehr langsam wächst und nur um eine Nasenlänge vor Deutschland liegt, ist leider keine Entwarnung. Beide Länder leiden unter ähnlichen Problemen.

Die Probleme, die Deutschland in dieser historischen Entwicklungsphase hat, zeigen sich besonders deutlich in der wachsenden Arbeitslosigkeit. In Westdeutschland wächst die Arbeitslosigkeit seit 1970 nach einem strikt linearen Trend, um den herum sich etwa zehnjährige Zyklen schlängeln. Eine Abschwächung dieses Trends ist immer noch nicht absehbar. Auch in den letzten drei Jahren nahm die Arbeitslosigkeit wieder stark zu. Die Politik versucht zwar, Arbeitslose zu verstecken. Nicht weniger als 250'000 Personen sind von Anfang 2003 bis Mitte 2004 aus der deutschen Statistik entfernt worden. Aber trotz des Versteckspiels nimmt selbst die gemessene Arbeitslosigkeit weiterhin zu. Insbesondere die neuen Bundesländer sind ein Problem. Seit 1994 ist die versicherungspflichtige Beschäftigung im freien Fall begriffen, mit einer Fallgeschwindigkeit von deutlich über zwei Prozent pro Jahr.

Unter den Effekten der Globalisierung wird die Verlagerung arbeitsintensiver Teile des Produktionsprozesses auf dem Wege über ausländische Vorlieferanten oder auf dem Wege der Direktinvestitionen, als besonders alarmierend angesehen. Outsourcing und Offshoring sind die Begriffe, die sich hierfür eingepreßt haben.

Die deutsche Grossindustrie hat schon in den achtziger Jahren damit begonnen, massiv in Asien zu investieren. Nach Rechnungen der Bundesbank sind durch deutsche Direktinvestitionen inzwischen mehr als 2,5 Millionen Arbeitsplätze im Ausland entstanden.

Seit Mitte der neunziger Jahre setzt sich jedoch auch der deutsche Mittelstand allmählich aus Deutschland ab. Einige Mittelständler sind nach Asien gegangen, aber Asien ist weit, und die Rüstkosten sind hoch. Die meisten gehen nach Osteuropa, denn die Länder Osteuropas haben ihre Transformationskrise überwunden, und sie gehören nun grösstenteils schon zur EU oder können die EU-Mitgliedschaft in Kürze erwarten. Was

Asien für die Grossindustrie war, ist Osteuropa für den Mittelstand. Der Unternehmer, der dort eine Firma hat, kann des morgens mit dem Auto dahin fahren, und am Abend wieder zu Hause sein. Auch die kulturelle Nähe und die Sprachkenntnisse der Osteuropäer erleichtern das Geschäft. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft haben nicht weniger als 60% der mittelständischen deutschen Unternehmen mit weniger als 5000 Beschäftigten bereits Standorte ausserhalb der alten EU errichtet, ein erheblicher Teil davon sicherlich in Osteuropa.

Deutschland ist das Land der stillen Stars, der mittelständischen Unternehmen, die in ihren Marktsegmenten Weltmarktführer sind und die dennoch keiner kennt. Deutschland hat etwa 450 solche unbekanntes Weltmarktführer. Dass nun auch der Mittelstand, die tragende Säule der deutschen Wirtschaft, immer grössere Teile seiner Produktionsketten nach Osteuropa verlegt, muss beunruhigen, denn dadurch geht die Sache an die Substanz.

Manchmal wird gesagt, durch die Produktionsverlagerung würden hier zu Lande Arbeitsplätze gerettet. Das mag zwar in dem Sinne richtig sein, dass derjenige, der nicht verlagert, untergeht, wenn die Wettbewerber ihre Produktion in Niedriglohngelände verlagern. Die Verlagerung rettet in diesem trivialen Sinne Beschäftigung in Deutschland. Ich halte es aber für abwegig, wenn man argumentieren wollte, dass in Deutschland heute ohne das Outsourcing und Offshoring weniger Arbeitsplätze verfügbar wären. Nein, das würde die Wahrheit auf den Kopf stellen. Die Beschäftigung in der deutschen Industrie ist in den acht Jahren seit 1995 um mehr als 8 % geschrumpft.

Die Produktionsverlagerung betrifft weniger die Endproduktion. Sie äussert sich vielmehr in einer Verringerung der Fertigungstiefe in Deutschland. Die reale Wertschöpfung der deutschen Industrie ist seit 1995 mit insgesamt 4% kaum noch gewachsen, obwohl die Industrieproduktion selbst mit 18% so schnell wuchs wie das europäische Sozialprodukt [Hild 2004, S. 21]. Die Schere zwischen Wertschöpfung und Produktion öffnet sich immer mehr. Das liegt vor allem an einer sehr rasch wachsenden Zunahme der Importe industrieller Vorleistungen, die mit, sage und schreibe, 45% in realer Rechnung anstiegen. Nur ein kleiner Teil der Verringerung der Fertigungstiefe ist auf ein inländisches Outsourcing zurückzuführen. Der Löwenanteil, nämlich vier Fünftel, hat seine Ursache in einer Produktionsverlagerung ins Ausland.

Deutschland war im Jahr 2003 wegen der Aufwertung des Euro rechnerisch noch vor den USA Exportweltmeister. Aber für den Exporterfolg

können wir uns im wahrsten Sinne des Wortes immer weniger kaufen, denn er ist auch darauf zurückzuführen, dass wir Güter exportieren, bei denen nur ein sehr kleiner Teil der Wertschöpfung auf Deutschland entfällt. Der Audi, der von Ingolstadt nach Amerika geliefert wird, kommt grossenteils aus Ungarn, wird aber mit seinem vollen Wert in der deutschen Exportstatistik erfasst. Ähnlich ist es mit dem Porsche Cayenne, der von Leipzig aus exportiert wird. 88% der Wertschöpfung dieses Wagens liegt gar nicht in Leipzig. Der Wagen kommt vielmehr schon ziemlich fertig aus Bratislava. In Leipzig wird nur noch das Getriebe und die Lenkung eingebaut. Dennoch steht er zu 100% in der deutschen Exportstatistik.

Deutschland entwickelt sich schleichend zu einer Basar-Ökonomie, die die Welt mit attraktiven Waren beliefert, doch diese Waren zu einem immer kleineren Wertanteil selber produziert. Diese Basarökonomie ist zwar Exportweltmeister, und die deutschen Firmen als Träger der Marken, unter denen die Endprodukte verkauft werden, bleiben stark. Aber dennoch haben davon die deutschen Arbeiter herzlich wenig. Sie werden Schritt für Schritt wegrationalisiert. Das macht nicht nur ihnen Angst.

Die Angst ist gut begründet, denn der Prozess der Globalisierung läuft überhaupt nicht so ab, wie die Lehrbücher der Ökonomen und all die schönen von der EU bezahlten Studien zum Nachweis der Vorteile der Osterweiterung der EU uns vorgaukeln. Wäre die Produktionsverlagerung eine ökonomisch gesunde Entwicklung, dann dürfte sie nicht per saldo mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit einhergehen. Die Arbeitsplätze, die in der Industrie verloren gehen, müssten dann anderswo, vor allem im Dienstleistungssektor neu entstehen. Effizient wäre der Prozess, wenn die Arbeitskräfte in der Industrie deshalb freigesetzt würden, weil man sie dringend im Dienstleistungsgewerbe für Tätigkeiten braucht, die nicht im Ausland erledigt werden können. Dann wäre damit ein Wohlfahrtsgewinn verbunden, wie ihn das Lehrbuch der reinen Aussenhandelstheorie prognostiziert. Deutschland und ähnlich die Schweiz würden sich aus der Industrieproduktion zurückziehen, weil sie im Bereich lokaler Dienstleistungen, bei der Forschung und vielleicht auch beim Betreiben des Basars für die Welt komparative Vorteile ausnutzen können.

Aber so ist es ja nicht. Die Entwicklung seit Mitte der neunziger Jahre ist nicht dadurch gekennzeichnet, dass ausserhalb der Industrie sich irgendwo neue Beschäftigungsfelder auftäten, die den Entlassenen eine Al-

ternative bieten. Sogar der Dienstleistungssektor baut schon seit einigen Jahren seine Stellen ab, und wenn er im Zuge des Konjunkturaufschwungs bald einmal wieder neue Stellen schaffen sollte, so wird das ganz sicherlich nicht reichen, um trendmässig einen weiteren Zuwachs der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Was läuft hier falsch? Warum stimmen die Lehrbuchprognosen nicht? Die Ursache liegt nach meiner Einschätzung eindeutig bei der fehlenden Flexibilität der Löhne. Ohne flexible Löhne und Preise, die für eine stete Räumung aller Märkte sorgen, gibt es keine Handelsgewinne.

Um zu verstehen, was ich meine, muss man sich klar machen, was ein Handelsgewinn ist. Ein Handelsgewinn kommt dadurch zustande, dass auf zwei Märkten unterschiedliche Preise vorliegen. Dann können die Händler auf dem Markt mit niedrigen Preisen kaufen und auf dem Markt mit hohen Preisen verkaufen. Sie erzielen zunächst selbst einen Arbitragegewinn, aber indem sie ihn erzielen wollen, vermehren sie das Angebot auf dem Markt mit hohen Preisen und verknappen es auf dem Markt mit niedrigen Preisen. Die niedrigen Preise steigen deshalb und die hohen fallen. Es kommt zur Annäherung und im Idealfall schliesslich zur Angleichung der Preise. Wenn die Preise gleich geworden sind, ist ein Maximum des Handelsgewinns erreicht. Die Preisannäherung verringert die Gewinne der Händler, aber sie vernichtet sie nicht, sondern überträgt sie nur auf andere Wirtschaftssubjekte. Jedes der beteiligten Länder spezialisiert sich auf die Produktion der Waren, die es relativ billig produzieren kann, und damit erzielen alle Länder Vorteile. Das hat so schon David Ricardo vor zweihundert Jahren festgestellt.

Preisunterschiede begründen also die Möglichkeit für Handelsgewinne, aber indem diese Gewinne realisiert werden, nähern sich die Preise aneinander an. Die Preisannäherung kann geradezu als ein Mass für die Handelsgewinne, für die Wohlfahrtsgewinne aus einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung angesehen werden.

Soweit Waren und Dienstleistungen von der Preisangleichung betroffen sind, ist das nicht beunruhigend. Anders ist es, wenn wir die Angleichung der Faktorpreise betrachten, denn zu den Faktorpreisen gehört der menschliche Lohn und damit unser Einkommen. Der Lohn ist der wichtigste Preis einer Volkswirtschaft, und natürlich muss auch er sich über die Län-

dergrenzen hinweg einebnen, wenn der Wohlfahrtsgewinn erzielt werden soll.

Die internationale Annäherung der Löhne kommt auch dann zustande, wenn die Arbeitsmärkte nicht selbst durch Migrationsprozesse verbunden werden. Es reicht, wenn es einen freien Güterhandel und einen freien Kapitalverkehr gibt. Ja, unter bestimmten Bedingungen reicht sogar eines von beiden. Die Ökonomen sprechen hier vom Faktorpreisausgleichstheorem. Wenn die Güterpreise sich durch Güterhandel annähern, und erst recht, wenn auch der Kapitalverkehr zu einer Annäherung der Kapitalrenditen beiträgt, müssen sich auch die Arbeitslöhne an einander annähern. Güterhandel und Kapitalverkehr schaffen zwischen den beteiligten Ländern faktisch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, und auf einem solchen gemeinsamen Arbeitsmarkt kann es keine grossen Lohnunterschiede mehr geben.

Konkret heisst das: Damit wir durch das Outsourcing und Offshoring nach China und Polen Handelsgewinne realisieren, muss sich der Lohnabstand zwischen diesen Ländern und Deutschland verringern. Wir müssen also akzeptieren, dass die chinesischen Löhne zu uns aufschliessen und dass unsere Löhne in Richtung China rutschen. Nur wenn wir das tun, wird das Outsourcing und Offshoring im richtigen Masse betrieben, nur dann wächst der Dienstleistungssektor und saugt die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte auf: nur dann gibt es die Handelsgewinne. Verhindern wir den Faktorpreisausgleich, verteidigen wir also unsere Löhne, dann wird zu viel Produktion in Niedriglohnländer verlagert, und dann wächst auch der Dienstleistungssektor nicht.

Bislang verteidigen wir die Löhne noch. Da sind zum einen die Gewerkschaften, die sich mit Händen und Füßen gegen die Lohnsenkung wehren, die die Voraussetzung von Handelsgewinnen wäre. Und zum anderen steht der Sozialstaat einer Lohnannäherung im Wege. Indem er nämlich Lohnersatzleistungen für die Arbeitslosen zahlt, legt er eine Lohnuntergrenze fest, unter die der Marktlohn nicht fallen kann. Insbesondere die Sozialhilfe ist hier das Problem, denn ihre Höhe ist unabhängig von der früher bereits nachgewiesenen Produktivität der Arbeitskräfte. Das behindert die nötige Lohnanpassung zumindest bei den einfachen Arbeitern, deren Löhne nahe bei der Sozialhilfe liegen. Die Folge ist, dass die Globalisierung statt der Handelsgewinne Arbeitslosigkeit erzeugt.

Das alles ist ein wahres Dilemma. Am liebsten hätten wir Handelsgewinne und Vollbeschäftigung ohne eine Lohnsenkung. Doch das geht so leider nicht.

Wenn wir die Lohnsenkung verhindern, gibt es keine Handelsgewinne. Statt dessen steigt die Massenarbeitslosigkeit immer weiter.

Und wenn wir die Massenarbeitslosigkeit vermeiden wollen und die nötige Lohnflexibilität zulassen, dann gibt es zwar Handelsgewinne, doch zugleich erhebliche Verluste für viele. Der Kuchen wird zwar grösser, der für alle zu verteilen ist, doch bekommen sehr viele Menschen ein absolut kleineres Stück davon. Die Gewinner der Globalisierung bekommen den ganzen Handelsgewinn und zusätzlich noch ein Teil des Kuchenstücks der Verlierer.

Wer sind die Gewinner? Eindeutig wohl die Unternehmenseigner und Kapitalbesitzer. Sie profitieren vom Handel und Outsourcing in die Niedriglohnggebiete. Natürlich hilft es ihnen, wenn sie ihre Produktion nun in Polen zu einem sechstel der schweizerischen oder westdeutschen Lohnkosten realisieren können, während ihnen für den Absatz ja nach wie vor der gesamte europäische Binnenmarkt, wenn nicht der Weltmarkt zur Verfügung steht. Auch profitieren sie, wenn sie hier weiter produzieren und die Löhne unter Druck geraten.

Die Arbeitnehmer sind die Dummen. Wer eine Arbeitsleistung anbietet, die die Unternehmen im Ausland deutlich billiger einkaufen können, der kann nicht zu den Gewinnern der Globalisierung gehören.

Leider sind sehr viele Menschen von diesem Effekt betroffen. Insbesondere die einfachen Industriearbeiter, für die die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten sehr hohe Lohnsteigerungen herausholen konnten und die heute in Westdeutschland und der Schweiz die höchsten Stundenlohnkosten auf der ganzen Welt verursachen, sind die Verlierer. Als Konkurrenten der chinesischen und polnischen Arbeiter tragen sie die Last der Lohnanpassung. Sie haben die Wahl zwischen einer Verteidigung der Löhne bei wachsender Arbeitslosigkeit und einem Erhalt der Arbeitsplätze bei fallenden Löhnen .

Nur hochqualifizierte Arbeitnehmer, die eher Komplemente der vielen Menschen sind, die ihre Arbeit weltweit zu Spottpreisen anbieten, könnten wie die Unternehmens- und Kapitaleigner zu den Gewinnern gehören. Ganz sicher kann man sich aber auch da nicht sein, denn weder die Osteuropäer noch die Chinesen sind auf den Kopf gefallen. Im Endeffekt bekommen alle Arbeitnehmer Konkurrenz.

Wo die Grenze im Qualifikationsniveau zwischen jenen liegt, die zumindest vorläufig von der Globalisierung profitieren, und jenen, die unter ihr leiden, ist empirisch noch unklar. Nach einer Studie von Geishecker und Görg gehören jedenfalls nicht nur die einfachen Arbeiter zu den Verlierern, sondern auch Personen mit einem Hauptschulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung [Geishecker und Görg 2004]. Die Zahl der Verlierer ist deshalb sicherlich riesig.

Angesichts der zu erwartenden Verteilungsgewinne der Kapitalbesitzer und Unternehmenseigentümer sowie der Verluste der Lohnbezieher scheint es nahe zu liegen, eine Kompensationsmöglichkeit auf dem Wege einer schärferen Besteuerung der Kapitaleinkommen und einer steuerlichen Entlastung der Lohneinkommen zu suchen. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten kann man nicht dagegen sein.

Indes verhindern die offenen Grenzen diesen Weg. Wenn man versucht, Kapitaleinkommen stärker zu besteuern, dann flieht das Kapital erst recht in andere Länder, und der Verteilungsspielraum für die Lohnpolitik schrumpft so stark, dass die Arbeitnehmer den Schaden haben. Sie hätten selbst dann keinen Vorteil von dieser Politik, wenn die beim Faktor Kapital eingetriebenen Steuern allein ihnen zu Gute kämen.

Dies ist das zweite Dilemma, das die Globalisierung für den Sozialstaat westlicher Prägung bedeutet. Wegen der Kräfte des Faktorpreisausgleichs, die er entfesselt, ändert sich die Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, und eigentlich müsste der Staat die Einkommensumverteilung über das Budget forcieren, um dagegen anzuhalten. Der Bedarf an sozialstaatlichem Ausgleich wächst. Aber gerade wegen der Globalisierung sind dem Staat die Hände gebunden. Er steckt in einer Zwickmühle, aus der es kaum ein Entrinnen gibt.

Das heisst nun nicht, dass in dieser Situation gar kein Politikbedarf mehr bestünde, weil ja doch alles vergebens ist. Eine solch fatalistische Sicht der Dinge ist schon deshalb nicht angebracht, weil es sehr wohl Möglichkeiten gibt, den bisherigen Entwicklungstrend unserer Volkswirtschaften deutlich zu verbessern. Zumindest das erste Dilemma kann man auflösen, also den Konflikt zwischen einem hohen Beschäftigungsstand und der Ein-

kommenssicherung für die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Dieser Konflikt ist nämlich grossenteils durch einen ineffizient konstruierten Sozialstaat hervorgerufen, der sich des Lohnersatzes bedient, um seine Verteilungsziele zu erfüllen. Der Lohnersatz in Form von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe soll die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit abfedern. Er erzeugt sie aber selbst, weil er Mindestlohnansprüche aufbaut, die die Wirtschaft angesichts der internationalen Niedriglohnkonkurrenz aus aller Welt in einer wachsenden Zahl von Fällen nicht mehr erfüllen kann. Wenn man diesen Lohnersatz in Lohnzuschüsse umwandelt, kann man die Verteilungsziele des Sozialstaates verteidigen, ohne dafür dem Kapital mehr Steuern abverlangen zu müssen. Lohnersatz macht den Sozialstaat zum Konkurrenten der privaten Wirtschaft, der die Löhne hochtreibt und dort Arbeitsplätze vernichtet. Lohnzuschüsse machen den Staat zum Partner. Sie bauen keine Mindestlohnansprüche auf und schaffen genau die Flexibilität bei der Lohnbildung, die erforderlich ist, um die beschriebenen Handelsgewinne zu erzielen. Zugleich verhindern sie, dass mit den fallenden Löhnen auch die Einkommen fallen.

Das ifo Institut hat unter dem Namen Aktivierende Sozialhilfe hierzu ein Reformprogramm für den deutschen Arbeitsmarkt entwickelt, das es im Oktober 2003 als Gesetzesentwurf des Landes Hessen geschafft hat, die Mehrheit im Bundesrat zu gewinnen. Dieses Programm ist die rationale Antwort auf die Kräfte der Globalisierung. Es überwindet das erste der beschriebenen Dilemmata, denn es kostet den Staat im Vergleich zum heutigen System keinerlei Geld und sichert die Einkommen der Ärmsten trotz der Niedriglohnkonkurrenz aus aller Welt.

Allerdings wird das System nicht in der Lage sein, die Einkommensverluste der Arbeitnehmerschaft im Ganzen abzufedern. Es ist eine Hilfe am unteren Rand der Einkommensverteilung, aber keine Lösung gegen breitflächige Verluste der Lohnbezieher. Solche Verluste können letztlich nicht verhindert werden, weil das Kapital als Finanzier einer immer weiter ausufernden Umverteilung nicht zur Verfügung steht.

Der einzige Weg, den ich sehe, diese Einkommensverluste zu verringern, liegt im Sparen. Die bislang nur auf ihr Lohneinkommen angewiesenen Bevölkerungsschichten der westlichen Wohlfahrtsstaaten müssen versuchen, durch Sparen in den Besitz desjenigen Produktionsfaktors zu kommen, der der Gewinner der Globalisierung ist. Die Arbeitnehmer in diesen Ländern brauchen ein zweites Standbein, um in stürmischer See nicht umzufallen. Zu dem Lohneinkommen muss ein Kapitaleinkommen als Einkommensquelle hinzutreten. Dies spricht für eine Politik der Vermögensbil-

derung in Arbeitnehmerhand und für eine Mitbeteiligung an den Unternehmen.

Die deutschen Gewerkschaften hatten sich in den siebziger Jahren die Frage gestellt, ob sie bei den Tarifverhandlungen auf die Mitbestimmung oder auf die Mitbeteiligung setzen sollten. Bekanntlich hatten sie sich für ersteres entschieden. Diese Entscheidung war, wie heute klar ist, eine krasse Fehlentscheidung. Hätte die deutsche Arbeitnehmerschaft vor fünf- unddreissig Jahren damit begonnen, echtes Vermögen zu akkumulieren, dann würden sie heute zu den Gewinnern des historischen Prozesses gehören, den wir Globalisierung nennen. Es ist noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen.

Das meine Damen und Herren, ist meine Sicht der Dinge. Ich habe keine allzu tröstlichen Botschaften zum Thema Globalisierung, weil auch die gute Nachricht, die Ökonomen zum Thema Handelsgewinne überbringen können, für viele Menschen eine schlechte Nachricht ist. Die fundamentalen Dilemmata der Globalisierung kann man nicht durch Wunschenken überwinden. Ich hoffe aber doch, dass Sie mit mir der Meinung sind, dass politischer Handlungsbedarf besteht, um in dieser schwierigen Zeit zumindest bestmöglich auf die Herausforderungen reagieren zu können. Wenn ich dazu beigetragen hätte, durch Aufklärung über die wirkliche Problemlage die politisch richtigen Reaktionen wahrscheinlicher zu machen, dann wäre ich glücklich.

Literatur

Hild, R (2004).

Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe, *ifo Schnelldienst* 57, Nr. 7, S. 21.

Geishecker, I. und Görg, H. (2004).

Winners and Losers: Fragmentation, Trade and Wages Revisited, *Discussion Paper* 385, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen

- 1988 Prof. Dr. **Wilhelm Krelle**, Bonn
Lange Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung
- 1989 Prof. Dr. **Ota Šik**, St. Gallen
Der Weg 3a und 3b. Neue Aussichten für eine Konvergenz der Systeme
- 1990 Prof. Dr. **Kurt W. Rothschild**, Wien
Deregulierung - Anatomie eines Schlagwortes
- 1991 Prof. Dr. **Gottfried Bombach**, Basel
Zur Arbeitslosigkeit der Gegenwart
- 1992 Prof. Dr. **Ernst Heuss**, Erlangen-Nürnberg
Evolutorik und Marktwirtschaft
- 1993 Prof. Dr. **Erich Streissler**, Wien
Unmöglichkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik als bleibendes Dilemma
- 1994 Prof. Dr. **Wolfgang Stolper**, Ann Arbor, USA
Geschichte und Theorie in der Analyse des kapitalistischen Prozesses - ein Schumpeterscher Ansatz
- 1995 Prof. Dr. **Hans Albert**, Heidelberg
Die Idee rationaler Praxis und die ökonomische Tradition
- 1996 Prof. Dr. Dres. h.c. **Norbert Klöten**, Tübingen
Im Sog der Währungsunion. Reflektionen über die Europäische Union und die Schweiz
- 1997 Prof. Dr. **Hans Christoph Binswanger**, St. Gallen
Chinesische Ökonomik. Fünf ordnungspolitische Denkrichtungen in der Chinesischen Ökonomik und ihre europäischen Parallelen

- 1998 Prof. Dr. Dr. h.c. **Heinz König**, Mannheim
Gründungsdynamik, Innovation und Beschäftigung
- 1999 Prof. Dr. Dres. h.c. **Herbert Giersch**, Kiel
Marktökonomik für die offene Gesellschaft
- 2000 Prof. Dr. **Peter Bernholz**, Basel
Globalisierung und Umstrukturierung: Sind sie neu?
- 2001 Prof. Dr. Dres. h.c. mult. **Bruno S. Frey**, Zürich
Glück und Nationalökonomie
- 2002 Prof. Dr. **Ulrich Witt**, Jena
Wirtschaftswachstum – was geschieht auf der Nachfrageseite?
- 2003 Prof. Dr. Dr. h.c. **Horst Siebert**, Kiel
Müssen Arbeitslose sein? Zur Reform von Arbeitsmarkt und Sozialstaat in Deutschland.
- 2004 Prof. Dr. Dr. h.c. **Hans-Werner Sinn**, München
Das Dilemma der Globalisierung